

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Reudener Straße 70
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Wirtschafts- und Umweltausschuss führte seine 23. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 08.09.2009, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Bitterfeld, Berliner Straße 6, großer Beratungsraum, von 18:00 Uhr bis 20:10 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Dr. Wolfgang Baronius

Mitglied

Dr. Dr. Egbert Gueinzus
Dr. Siegfried Horn
Dr. Lothar Müller
Matthias Pratsch
Peter Ziehm

Sachkundige Einwohner

Michael Baldamus
Birgit Fritsch
Manfred Naumann
Günter Paproth
Dietmar Rönnicke

Mitarbeiter der Verwaltung

Peter Arning
Christian Puschmann

Gäste

Jens Tetzlaff

abwesend:

Mitglied

Horst Tischer

Sachkundige Einwohner

Dr. Joachim Gülland

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 08.09.2009, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen vom 09.06.2009 und 08.07.2009	
4	Sachstandsbericht zum "Abwasserzweckverband Westliche Mulde" BE: Frau Köckeritz, GF AZV	
5	Beteiligung der Entwicklungs-, Betreiber- und Verwertungsgesellschaft Goitzsche mbH (EBV) an der Projektentwicklungsgesellschaft Bernsteinerlebnisswelt Goitzsche mbH BE: Herr Bernhardt, GF EBV	Beschlussantrag 186-2009
6	Erweiterung des Betätigungsfeldes der Erneuerungsgesellschaft Wolfen-Nord mbH (EWN) auf das gesamte Stadtgebiet der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: Herr Rupprecht, GF EWN	Beschlussantrag 086-2009
7	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
	Der Vorsitzende, Herr Dr. Baronius , stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 4 stimmberechtigten Mitgliedern und 3 sachkundigen Einwohnern fest.	
zu 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
	Die Tagesordnung wird wie vorliegend bestätigt. <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	Ja 4 Nein 0 Enth 0
zu 3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen vom 09.06.2009 und 08.07.2009	
	<p>Herr Dr. Baronius fragt, ob es von den Ausschussmitgliedern Bemerkungen zu den Niederschriften gibt.</p> <p>Herr Dr. Dr. Gueinzius äußert, dass Sitzungsniederschrift wörtliche Wiedergabe bedeutet. Ein Wortprotokoll hält er jedoch nicht für notwendig, sondern das Anfertigen eines Protokolls. Hierbei führt er an, dass, wenn mehrere Ausschussmitglieder bspw. ihre Meinung zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept kundtun, dann auch mit dem was sie gesagt haben namentlich aufgeführt werden müssen. Das Protokoll sollte eine Art Quelle darstellen. Dies bittet er für die Zukunft zu berücksichtigen.</p> <p>Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass weder eine Sitzungsniederschrift, noch ein Protokoll die wörtliche Wiedergabe verlangen. Er bittet dies zu prüfen und möchte weiter wissen, aus welchem Grund es nicht mehr Protokoll, sondern Sitzungsniederschrift heißt. Herr Dr. Baronius fügt hinzu, dass die Ausschussmitglieder bei Wortmeldung sagen können, dass sie sich gern namentlich aufgeführt haben möchten und auch vor Bestätigung der Niederschrift besteht die Möglichkeit noch Ergänzungen anzubringen und aufnehmen zu lassen.</p> <p>Herr Ziehm äußert, dass eine Zusammenfassung der Aussagen in der Niederschrift ausreichend ist, dabei aber der Name desjenigen erscheinen sollte.</p> <p>Dieser Aussage schließt sich Herr Dr. Dr. Gueinzius an.</p> <p>Die von Herrn Dr. Dr. Gueinzius in den Sitzungen am 09.06.2009 und 08.07.2009 getätigten Aussagen, welche noch nicht in der Niederschrift enthalten sind, sollen der heutigen Niederschrift als Anlage beigefügt werden.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Baronius lässt nun über die Niederschrift vom 09.06.2009 abstimmen.</p> <p>Ja: 4</p>	Ja 4 Nein 0 Enth 0

	<p>Nein: 0 Enthaltungen: 0</p> <p>Somit ist die Niederschrift vom 09.06.2009 bestätigt.</p> <p>Er bitte im Folgenden um Abstimmung über die Niederschrift vom 08.07.2009.</p> <p>Ja: 4 Nein: 0 Enthaltungen: 0</p> <p>Damit wird die vorliegende Niederschrift genehmigt.</p> <p>Herr Pratsch nimmt ab 18:10 Uhr an der Sitzung teil. Demzufolge sind 5 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	
zu 4	<p>Sachstandsbericht zum "Abwasserzweckverband Westliche Mulde" BE: Frau Köckeritz, GF AZV</p>	
	<p>Frau Köckeritz berichtet, dass der AZV in den letzten Jahren eine positive Entwicklung, d. h. auch positive Jahresabschlüsse, zu verzeichnen hat. In den letzten 2 Jahren konnte auf Umlagen der Kommunen verzichtet werden. Sie führt aus, dass bei der Prüfung der Gebührenkalkulation ein Gebührenüberhang festgestellt wurde. Dieser Überhang wurde in die Rücklage eingestellt und wird im nächsten Gebührenzeitraum ausgeglichen. Auch informiert sie, dass es in den nächsten 3 Jahren zu keiner Gebührensteigerung kommen soll.</p> <p>Frau Köckeritz ergänzt, dass in den nächsten Jahren jedoch mit einigen Kostensteigerungen zu rechnen ist, wobei der Zweckverband aber hofft, dass die Gebühren gehalten werden können.</p> <p>Sie gibt weiter an, dass im dezentralen Bereich eine Ausschreibung bezüglich der Abfuhrkosten vorgenommen wurde. Dies geschah in Zusammenarbeit mit den Nachbarverbänden. Hier wurde ein gutes Ergebnis erreicht, was sich insbesondere auf die dezentralen Bereiche auswirkt.</p> <p>Langfristig gesehen geht es aber darum, das Abwasserbeseitigungskonzept, welches im vorigen Jahr verabschiedet wurde, nunmehr umzusetzen. Probleme hierbei sind die langfristige Gestaltung von einigen Entsorgungen von Grundstücken, d. h. Grundstücke im Verbandsgebiet, welche langfristig zentral nicht bis zum Jahr 2016 und darüber hinaus erschlossen werden sollen. Aus diesem Grund muss hier die Umstellung auf eine dezentrale biologische Klärung erfolgen. Die untere Wasserbehörde besteht nun darauf, dass das noch in diesem Jahr erfolgen muss, was einen hohen Investitionsaufwand für die einzelnen Grundstückseigentümer zur Folge hat. Sie hofft allerdings, dass durch das Land noch eine Verlängerung der Frist erreicht werden kann.</p> <p>Widersprüchlich ist, warum der AZV Grundstücke, welche eine mechanische Kleinkläranlage besitzen, die aber bis zum Jahr 2016 zentral erschlossen werden könnten, nichts machen müssen und die Grundstücke, die langfristig über das Jahr 2016 hinaus dezentral bleiben sollen, innerhalb diesen Jahres die biologische Klärung bauen müssen.</p> <p>Ziel für die Zukunft ist, dass das Gesamtsanierungskonzept überarbeitet und so aufgestellt wird, dass mit den vorhandenen Altnetzen durch Sanierung und durch die Erhaltung der technischen Anlagen, welche schon eine Nutzungsdauer</p>	

von 15 Jahren aufweisen und damit abgeschrieben sind, noch langfristig gearbeitet werden kann. Hier sollen Ersatzinvestitionen getätigt werden.

Herr Dr. Horn erscheint um 18:18 Uhr zur Sitzung. Somit sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Frau Köckeritz geht nun auf den Herstellungsbeitrag II ein. Inhalt dessen ist, dass jedes Grundstück, welches sich in einem Verbandsgebiet eines Abwasserzweckverbandes befindet, an den Investitionen des Zweckverbandes beteiligt werden soll. Das KAG sagt bereits seit 1991 aus, dass die Grundstücke, die vor in Kraft treten des KAG an eine zentrale Kläranlage angeschlossen waren, an dem Beitrag beteiligt werden sollen, aber in privilegierter Form. Das Oberverwaltungsgericht hat nun die Beteiligung festgelegt, d. h. den Herstellungsbeitrag II. Damit die Privilegierung dieser Grundstücke realisierbar ist, muss zwischen Investitionen oder Anteilen von Investitionen, die für die Neuerschließung von Gebieten da sind und für Investitionen, welche für die Alterschließung/Verbesserung der Altgebiete und den Anschluss an die biologische Kläranlage da sind, unterschieden werden. Dazu wurde eine Kalkulation erstellt und ein Beitragssatz ermittelt, welcher planmäßig in diesem Jahr in eine Satzung gefasst und ab dem nächsten Jahr in Kraft treten soll. Das besondere an der Satzung ist dabei, dass die für den Herstellungsbeitrag II zu erfüllenden Beitragstatbestände die bereits erstellte Anlage und die Satzung sind.

Betroffen sind natürlich nur die Grundstücke, wo noch kein Beitrag gezahlt worden ist, unabhängig davon, ob auf dem Grundstück gebaut wird oder nicht. Das Land hat auch das KAG dahingehend geändert, dass nur noch die Grundstücke bevorteilt werden, welche nicht mehr als 5 Wohneinheiten aufweisen. Somit sind die Wohnungsgesellschaften von dem Herstellungsbeitrag II besonders schwer betroffen.

Es besteht hierbei jedoch die Bereitschaft, Stundungsregelungen und Zahlungsfristen auszunutzen.

Frau Fritsch erscheint um 18:25 Uhr zur Sitzung. Demnach sind nun 5 sachkundige Einwohner anwesend.

Herr Dr. Dr. Gueinzius fragt nach den bisher absehbaren finanziellen Folgen, welche durch den Herstellungsbeitrag II entstehen werden.

Frau Köckeritz antwortet, dass es sich hier um ein Gesamtvolumen von ca. 5,9 Mio. € handelt, welcher sich auf ca. 5.200 Bescheide verteilt. Sie betont hierbei, dass für die Zweckverbände auch eine Beitragserhebungspflicht besteht.

Ausschussmitglied Paproth möchte wissen, wenn bei den neu angeschlossenen Grundstücken die Kanäle in ca. 20 Jahren mal erneuert werden müssen, ob diese dann auch wieder in den Herstellungsbeitrag II fallen. Weiter fragt er, ob die Kanäle des AZV nach außen säureresistent sind.

Hierauf antwortet **Frau Köckeritz**, dass es sich bei dem Begriff „Herstellung“ um eine erstmalige Sache handeln muss. Im Gesetz wird aber auch von Verbesserung oder Erneuerung gesprochen, wobei sie hier jedoch noch keine so langfristigen Aussagen tätigen kann.

Zu den Kanälen sagt sie, dass die großen Kanäle aus Stahlbeton bzw. höherwertigem Beton bestehen und somit gegen Säure resistent sind. Auf Anfrage von Herrn Baldamus berichtet Frau Köckeritz, dass die

	<p>Einleitungsmenge aus dem Gebiet des MicroTechParks in den letzten 2 Monaten gestiegen ist. Im vorigen Jahr wurde eine Einleitungsmenge von 475.000 m³ erreicht und in diesem wird mit einer Einleitungsmenge von 550.000 m³ gerechnet. Diese Kosten im Klärwerk werden separat kalkuliert und danach in die Kalkulation des AZV eingestellt. Es profitieren alle davon, da die Auslastung des Klärwerkes auf alle Beteiligten besser verteilt werden kann.</p> <p>Herr Dr. Baronius geht auf die hohen Preise ein und erwähnt, dass die Industrie für das Abwasser ca. die Hälfte des Preises bezahlt, den die Bürger entrichten müssen. Grund hierfür waren damals die progressiven Abschreibungen, welche seines Erachtens nun vorbei sein müssten. Fraglich ist, womit sich der relativ hohe Preis rechtfertigen lässt. In diesem Zusammenhang benennt er auch die Kosten für das Regenwasser, welche sich auf ca. 1,90 €/m³ belaufen. Er bittet zu prüfen, ob eine Möglichkeit besteht, die Kosten für Regen- und Abwasser zu senken.</p> <p>Frau Köckeritz sagt, dass sich die in der Satzung festgeschriebenen Zahlen auf die Kalkulation beziehen. Bezüglich der Abschreibungen erläutert sie, dass das Abwassernetz eine Nutzungsdauer von 80 Jahren hat und deshalb der Abschreibungszeitraum auch noch nicht vorbei ist. Jedes Jahr entstehen erhebliche Kosten aufgrund der Abschreibung, die aber in die Gebühr einfließen. Der größte Kostenfaktor ist die Behandlung im Klärwerk, dies sind ca. 45 % der Kosten. Die restlichen Kosten verteilen sich u. a. auf die Zuleitung und die Pumpstation. Sie bietet den Ausschussmitgliedern an, Einsicht in die konkreten Zahlen zu nehmen, wobei sie dann genauer erklären kann. Im Ausschuss wäre dies jedoch zu ausführlich. Die Gebühren sind richtig kalkuliert und ordnungsmäßig veranlagt.</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Beteiligung der Entwicklungs-, Betreiber- und Verwertungsgesellschaft Goitzsche mbH (EBV) an der Projektentwicklungsgesellschaft Bernsteinerlebniswelt Goitzsche mbH BE: Herr Bernhardt, GF EBV</p>	<p>Beschlussantrag 186-2009</p>
	<p>Herr Bernhardt erläutert den Beschlussantrag sowie die Anlage näher und zeigt anhand einer Präsentation den derzeitigen Stand und die zukünftige Planung an der Goitzsche auf. Als Region muss man sich nun Gedanken darüber machen, wie der bisher aufgebaute Vorsprung gegenüber den anderen Seenlandschaften weiter ausgebaut werden kann. Im vorigen Jahr waren 350 T Besucher an der Goitzsche zu verzeichnen. Er erwähnt auch, dass der Standort in Pouch gewählt wurde, da für die Bernsteinerlebniswelt ca. 5 bis 6 ha benötigt werden. Hierfür braucht man 100.000 Besucher, d. h. ca. 300 Besucher pro Tag. Diese Region kann zudem aus 3 Richtungen angefahren werden; aus Richtung Leipzig, Lutherstadt Wittenberg und Halle (über den OT Bitterfeld). Auch wäre der Anschluss der Entwicklung des Seelhausener Sees gegeben. Der Aufsichtsrat der EBV hat festgestellt, dass hier die Schürfrechte für die EBV zu sichern sind. Auch hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass alle Entwicklungen, die gegen die touristische Entwicklung der Goitzsche sind, nicht stattfinden.</p>	<p>Ja 4 Nein 1 Enth 1</p>

	<p>Herr Dr. Dr. Gueinzius hinterfragt, welche Aufgaben und welchen Einfluss man bei 5 % Beteiligung hat. Er stellt außerdem fest, dass der Investor eigentlich 2 Vorhaben machen will, zum einen die Bernsteinerlebniswelt und zum anderen das Hotel; wobei die Vorhaben getrennt voneinander betrieben werden sollen. Er fragt, ob ein Einfluss auf das Vorhaben „Hotel“ besteht. Er hebt hervor, dass nach § 6 Abs. 7 der „Satzung Projektentwicklungsgesellschaft Bernsteinerlebniswelt Goitzsche mbH“ alle nicht im Absatz genannten Geschäfte mit 75,1 % der Stimmberechtigten zu fassen sind. D. h., dass der Investor allein diese Beschlüsse fassen kann. Er ist der Meinung, dass es sich bei dem Investor um wirtschaftliche Interessen handelt.</p> <p>Herr Bernhardt äußert, dass die EBV für die Fördermittel sorgt und das Grundstück für das Hotel am ersten Tag an den Investor verkauft. Somit hat die EBV nichts mit dem Hotel zu tun. Für den Bau eines Hotels wurde bisher kein Investor gefunden, jedoch kann durch ein solches die Verweildauer der Touristen an der Goitzsche verlängert werden. Er betont, dass die wichtigsten Sachen nicht ohne die Vertreter der Kommune beschlossen werden können. Die kommunalen Gesellschafter verfügen zudem über 2 der 7 Aufsichtsratsmandate.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende ergänzt, dass die Notwendigkeit eines Hotel bereits geäußert wurde; u. a. zur Bereitstellung von ausgestatteten Konferenzräumen. Weiter erwähnt er, dass schon Investoren an der Goitzsche sind, auf deren Geschäfte man keinen Einfluss hat.</p> <p>Ausschussmitglied Dr. Horn sagt, dass es sich hier um ein Geschäft zu beiderseitigem Vorteil handelt. Durch das Projekt werden zudem Arbeitsplätze geschaffen. Er hinterfragt, ob die Vorräte an Bernstein tatsächlich auf 400 bis 800 t geschätzt werden.</p> <p>Hierauf antwortet Herr Bernhardt, dass eine Firma aus Leipzig Untersuchungen durchgeführt hat und dies wie genannt festgestellt wurde.</p> <p>Herr Dr. Dr. Gueinzius stellt fest, dass im Ausschuss beraten wurde, dass diese Kapazitäten, bspw. des Hotels, in die Innenstadt von Bitterfeld verlegt werden sollten. Er bittet, dies bei den Überlegungen mit zu bedenken.</p> <p>Herr Bernhardt erklärt, dass auch andere Standorte, wie der jetzige Campingplatz, untersucht wurden. Bei Untersuchungen wurde jedoch festgestellt, dass hier nur eingeschossig gebaut werden kann. Der nun geplante ist der der Stadt am nächsten liegende Standort. Auf Anfrage von Herrn Dr. Baronius teilt er mit, dass dies im Prinzip in Übereinstimmung mit dem B-Plan ist, aber der B-Plan noch erweitert werden muss, da man in die Wasserseite geht. Der Ufervertrag bleibt weiter bestehen.</p> <p>Herr Dr. Baronius verliest nun den Antragsinhalt und lässt über diesen abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	
zu 6	Erweiterung des Betätigungsfeldes der Erneuerungsgesellschaft Wolfen-	Beschlussantrag

	<p>Nord mbH (EWN) auf das gesamte Stadtgebiet der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: Herr Rupprecht, GF EWN</p>	<p>086-2009</p>										
	<p>Herr Rupprecht trägt den Inhalt des Beschlussantrages kurz vor.</p> <p>Da hierzu keine Fragen gestellt werden, verliert Herr Dr. Baronius den Antragsinhalt und lässt über diesen abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enth 0</p>										
<p>zu 7</p>	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</p>											
	<p>Herr Puschmann reicht für die Sitzung des WUA am 10.09.2009 Unterlagen (2 Entwürfe der Stadt Zörbig für den Vertrag über die Vermögensauseinandersetzung ZV TPM) aus.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende informiert über den Arbeitsplan für die nächsten Monate, welcher von den Ausschussmitgliedern wie folgt bestätigt wird:</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;"><i>Termin</i></th> <th style="text-align: left;"><i>Themen</i></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>13.10.2009</td> <td>Stadtwerke, Situation und Konzessionen</td> </tr> <tr> <td>04.11.2009</td> <td>Einzelhandels- und Zentrenkonzept</td> </tr> <tr> <td>08.12.2009</td> <td>Grundwassersituation in Bitterfeld-Wolfen Beteiligungsbericht Bericht des Sonderarbeitskreises</td> </tr> <tr> <td>Januar 2010</td> <td>Marketingkonzept</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Sitzung am 13.10.2009 findet in den Stadtwerken Wolfen statt. Für die Sitzung am 04.11.2009 wurde von der Verwaltung vorgeschlagen, diesen gemeinsam mit dem HFA und BVA durchzuführen. Grund hierfür ist, dass die Berichterstatterin, Frau Dr. Horn, so nur einen und nicht drei verschiedene Sitzungstermine wahrnehmen muss, da dieses Thema u. a. auch in den 7 Ortschaftsräten noch behandelt wird. Der Sitzungsort für die Sitzung am 08.12.2009 wird voraussichtlich die Pistorschule sein. Das Thema „Grundwassersituation in Bitterfeld-Wolfen“ soll hier genereller Art und nicht direkt auf die Kraftwerksiedlung bezogen sein.</p> <p>Herr Dr. Dr. Gueinzius spricht an, dass jeder Ausschuss die Themen spezifisch für sich betrachtet und spricht sich gegen die vorgeschlagene gemeinsame Sitzung aus. Auch ist er der Meinung, dass für diesen Fall ein Honorarvertrag abgeschlossen sein müsste. Fraglich ist, ob diese Verfahrensweise nicht mit der Gemeindeordnung kollidiert. So sollte nur in Ausnahmefällen verfahren werden.</p> <p>Herr Dr. Baronius lässt nun darüber abstimmen, ob die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind, dass eine gemeinsame Sitzung durchgeführt wird.</p> <p>Ja: 3 Nein: 2 Enthaltungen: 1</p> <p><i>Der Wirtschafts- und Umweltausschuss befürwortet die Durchführung der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses mit dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Bau- und Vergabeausschuss.</i></p>	<i>Termin</i>	<i>Themen</i>	13.10.2009	Stadtwerke, Situation und Konzessionen	04.11.2009	Einzelhandels- und Zentrenkonzept	08.12.2009	Grundwassersituation in Bitterfeld-Wolfen Beteiligungsbericht Bericht des Sonderarbeitskreises	Januar 2010	Marketingkonzept	
<i>Termin</i>	<i>Themen</i>											
13.10.2009	Stadtwerke, Situation und Konzessionen											
04.11.2009	Einzelhandels- und Zentrenkonzept											
08.12.2009	Grundwassersituation in Bitterfeld-Wolfen Beteiligungsbericht Bericht des Sonderarbeitskreises											
Januar 2010	Marketingkonzept											

	<p>Herr Dr. Baronius teilt mit, dass die „Konrad-Adenauer-Stiftung“ am 07.09.2009 eine Podiumsdiskussion „Der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt in Europa“ veranstaltet hat, an der er teilgenommen hat. Anwesend waren hier auch Herr Pleye (Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt), Herr Stadelmann (MdL, Stellv. Vorsitzender der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft) und Herrn Schulze (Landrat). Es waren leider kaum Besucher vor Ort. Er fasst die Diskussion kurz zusammen indem er sagt, dass das Land Sachsen-Anhalt von der Wirtschaftskrise weniger betroffen ist als andere Bundesländer. In der letzten Arbeitslosenstatistik ist dies auch anhand der gesunkenen Arbeitslosigkeit erkennbar.</p> <p>Herr Dr. Baronius hat mit Herrn Pleye auch über das ehemalige Forschungsinstitut (CPI) gesprochen. Er hat hier gefragt, ob man das Metalllabor nicht als Außenstelle eines Forschungsinstitutes nutzen kann, bspw. für Siliciumchemie oder Pharmazie.</p> <p>Herr Dr. Dr. Gueinzis lässt sich für die Sitzung am 10.09.2009 entschuldigen.</p> <p>Herr Puschmann (SBL Wirtschaft/Beteiligungen) informiert, dass am 15.10.2009 im Kulturhaus ein Stammtisch der Oberbürgermeisterin mit den Gewerbe- und Handeltreibenden der Stadt durchgeführt wird. Die wesentlichen Themen sollen hier der Gebäudeleerstand, die Sondernutzungsgebührensatzung und die Ladenöffnung an Sonntagen sein. Weiter wird Anfang November eine Schulungsveranstaltung erfolgen, wo eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, die daraus resultierenden verschärften Anforderungen und die Änderungen in der Gemeindeordnung (§§ 116 ff) erläutert. Falls hier Interesse der Ausschusmitglieder bezüglich der Teilnahme besteht, können sich diese nach Bekanntgabe des genauen Termins gern melden.</p> <p>Er berichtet abschließend von der Breitbandstrategie in Bezug auf das Konjunkturpaket II. Die Ortsteile Thalheim und Rödgen haben hier eine Unterversorgung mit DSL-Anschlüssen. Um hierfür an Fördermittel vom Konjunkturpaket II zu kommen, wurde auf der Seite des Landes Sachsen-Anhalt soweit ausgeschrieben. Als nächstes kommt der Fragebogen vom Landkreis, wobei auch der konkrete Bedarf für die anderen Ortsteile erfragt wird. Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt und auf der Internetseite der Stadt wird entschieden, wie die Versorgung der bisher unterversorgten sowohl Gewerbebetriebe als auch der Bürger erfolgen soll.</p> <p>Ausschusmitglied Dr. Horn geht auf die Änderung des Logos von den Stadtwerken ein. Die Kosten liegen hierfür bei ca. 80 T€ Dies soll in der Sitzung am 13.10.2009 Thema sein.</p> <p>Herr Dr. Baronius erwähnt, dass am 09.09.2009 eine Verkehrskonferenz in Köthen stattfindet.</p> <p>Der Vorsitzende spricht an, dass sich ein Stadtrat darüber beschwert hat, dass ihm als Stadtrat im BVA, in dem er kein Mitglied ist, kein Rederecht erteilt wurde. Dies ist seiner Meinung nach falsch. Er bittet dies in der Verwaltung zu prüfen.</p>	
zu 8	Schließung des öffentlichen Teils	

	<p>Herr Dr. Baronius schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:45 Uhr und lässt die Nichtöffentlichkeit herstellen.</p>	
--	---	--

gez.
Dr. Wolfgang Baronius
Ausschussvorsitzender

gez.
Thomas Bauermann Petra Eichhorn Manuela
Zimmermann
Protokollant